

Entschließungsantrag **der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

zur Erklärung der Bundesregierung zum Reaktorunfall in der Sowjetunion und zum Wirtschaftsgipfel in Tokio

Dem internationalen Terrorismus sind viele Menschen zum Opfer gefallen. Verblendete Ideologen wenden in menschenverachtender Gesinnung das Mittel des Terrorismus an, um ihre Ziele gewaltsam durchzusetzen. Es ist ständige Politik der Bundesrepublik Deutschland, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die internationale politische und polizeiliche Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Terrorismus zu fördern und zu verbessern und insbesondere die internationalen Organisationen der Völkergemeinschaft zur Unterstützung einer solchen Politik zu gewinnen.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag verurteilt mit allem Nachdruck jede staatliche Unterstützung des Terrorismus. Ein Staat, der zum Terrorismus auffordert, Terroristen auf seinem Gebiet schützt oder ihnen Unterstützung angedeihen läßt, isoliert sich in der Völkergemeinschaft.
2. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Erklärung der Staats- und Regierungschefs von Tokio vom 5. Mai diesen Jahres zum Kampf gegen den Terrorismus. Er wird die dort bestätigte gemeinsame Verpflichtung zu größtmöglichen Anstrengungen im Kampf gegen den Terrorismus nachdrücklich unterstützen. Unser Rechtsstaat wird weiterhin den Terrorismus entschlossen bekämpfen.
3. Der Deutsche Bundestag sieht in den von den Staats- und Regierungschefs in Tokio aufgezählten Maßnahmen einen wichtigen Fortschritt bei der internationalen Zusammenarbeit gegen den Terrorismus. Wir begrüßen es deshalb, daß die Staaten der Europäischen Gemeinschaft auf diesem Wege mit den Vereinbarungen vom 24. April diesen Jahres in Den Haag bereits vorangegangen sind und ihre Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung weiter verstärken.
4. Der Deutsche Bundestag bekräftigt sein Mitgefühl mit den Terroropfern aus jüngster Zeit unter den im Bundesgebiet lebenden Angehörigen der Vereinigten Staaten. Unser Rechts-

staat wird alles tun, die Täter zu fassen und ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Terroranschläge können keinen Keil zwischen uns und unsere Verbündeten treiben.

5. Der Deutsche Bundestag ist sich bewußt, daß zur wirksamen Bekämpfung des Terrorismus auch die Beseitigung seiner Ursachen gehören muß. Er appelliert deshalb an die Betroffenen, den Weg des Friedens und der Anerkennung des Existenzrechts aller Völker zu beschreiten.

Bonn, den 14. Mai 1986

**Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion
Mischnick und Fraktion**